27.04.2010 – 13:35 Uhr

European Newspaper Congress 2010: "Ist journalistische Arbeit überhaupt noch möglich?"

Wien (ots) -

Wien - Führende Journalisten erkennen immer deutlicher, dass der Journalismusberuf als solcher nicht nur unter Druck gerät, sondern regelrecht bedroht ist. Ist journalistische Arbeit im klassischen Sinn - nämlich als unerlässliche Dienstleistung für die aufgeklärte, demokratische Gesellschaft überhaupt noch möglich? Eine hochrangige Diskussionsrunde am zweiten Tag des European Newspaper Congress in Wien endete äußerst skeptisch, auch mit den Worten des Diskussionsleiters Michael Fleischhacker, des Chefredakteurs der österreichischen Tageszeitung "Die Presse": "Wir scheinen uns einig zu sein, dass die Hauptbedrohung für den Journalismus ökonomischer Natur ist. Der unentbehrliche Freiraum für den qualitativ hochwertigen Journalismus wird unablässig enger." Und zuvor schon: "Wir haben den Verdacht, dass die Verleger die Redaktionen mehr auspressen, als es notwendig wäre."<p> Der Journalist und Buchautor Tom Schimmeck bezeichnete die Unternehmensberater als die natürlichen Feinde der Journalisten - zur hörbaren Verärgerung Helmut Dumfahrts, des Unternehmenssprechers der Tabakindustrie (JTI-Österreich). Recycling von halbfertigen PR-Geschichten sei zumindest in Deutschland die Hauptbeschäftigung der meisten Redakteure, behauptete Schimmeck. Ökonomischer Druck auf die Journalisten sei verzahnt mit dem Verfall der Öffentlichkeit. "Die Publizistik ist nicht mehr in der Lage, mit Politik umzugehen und die richtigen Fragen zu stellen."<p> Auch Thomas Leif, SWR-Chefreporter und Vorsitzender von Netzwerk Recherche, beklagte den "Mangel an Original, den Verlust an Handschriften" im publizierten Bereich. Journalismus entwickle sich zunehmend zu einer Technik und weg vom Beruf. Viele Journalisten könnten genauso gut Kebab verkaufen. "Sie sind die Übersetzer von Marketingbotschaften." <p> Nach so derben Seitenhieben gegen die PR hatte es Dumfahrt nicht leicht gegenzusteuern. Das Spannungsfeld zwischen der Industrie, namentlich der politisch komplett geregelten Tabakindustrie, und den Medien sei enorm. Es sei schwer, der Öffentlichkeit begreifbar zu machen, dass schon der Zigarettenschmuggel ein organisiertes Verbrechen sei. Journalisten könnten sich nie so in ein Thema einarbeiten wie Unternehmensvertreter, also seien sie auf deren Dienstleistungen angewiesen. "Wir wollen unsere Argumente verkaufen, Sie Ihre Geschichten. Wir sitzen im selben Boot", sagte Dumfahrt, ohne damit freilich Anklang bei den Mitdiskutanten zu finden. <p> Charles E. Ritterband, seit 26 Jahren Mitglied der Redaktion der "Neuen Zürcher Zeitung" ("NZZ") und langjähriger Korrespondent in Wien, rollte das Problem Unabhängigkeit am Beispiel der aktuellen Veränderungen in seiner Zeitung auf. Das Verhältnis zwischen der Zeitung und der Politik sei noch in Ordnung. "Die Politiker müssen vor diesem 230-jährigen Phänomen ‚NZZ´ in die Knie gehen. Bei der Wirtschaft ist das auch so. Aber es gibt auch Verflechtungen mit der Politik und der Wirtschaft. Sie ist nicht eine völlig unabhängige Zeitung." Das betrachtet Ritterband als nicht so bedenklich, zumal jeder der 1800 "NZZ"-Aktionäre maximal ein Prozent Anteil besitzen dürfe. Spürbar negativ sei die wirtschaftliche Entwicklung des Flaggschiffs schweizerischer Medien: Im Vorjahr machte die Zeitung 43,5 Millionen Franken Verlust, die Aktionäre wollen jedoch Profit sehen. Das habe zu schmerzlichen Sparprogrammen geführt. Die Auslandsausgabe sei sehr dünn geworden und nicht mehr das, was sie einmal war. Drucktechnisch sei sie an die "FAZ" angeschlossen, wodurch der Redaktionsschluss auf 16 Uhr MEZ vorverlegt worden sei, auf Kosten der Aktualität. "Die ‚NZZ´ hat unter diesen Sparmaßnahmen

sehr gelitten."<p> Insgesamt seien aber die Schweizer Medien von der Politik viel weniger abhängig als die österreichischen, ist Ritterband überzeugt. Ihm mangle es hierzulande an Vielfalt, und was ihn sehr erschrecke, seien die Inserate von Politikern und Ministerien in den Zeitungen. "Da werden der Journalismus und das Wohlwollen direkt finanziert. Ich halte diese Abhängigkeit für sehr bedenklich."<p> Große Sorgen um die Unabhängigkeit der Medien sind auch von juristischer Seite zu vernehmen. Der Medienrechtler . Peter Zöchbauer wies auf drei aktuelle Gefahrenherde für den freien Journalismus hin: 1. Ein falsch verstandener Begriff des Privat- und Familienlebens. Man versuche in Europa, diese Privatheit sehr umfassend zu schützen und das Gesetz entsprechend auszulegen. Das führe zur Einschränkung der Pressefreiheit. 2. Medienrecht sei in der EU nicht harmonisiert. Österreich befinde sich auf der Seite des strengen Medienrechts, weshalb Medien oftmals verurteilt würden. Medien, deren Produkte in mehreren Ländern erscheinen, müssten die unterschiedlichen Rechtsordnungen berücksichtigen, was aber technisch fast nicht möglich sei. 3. Unter dem Motto Opferschutz werde die Berichterstattung über Opferfälle in Österreich weitgehend unterbunden. Es gäbe Pläne, die Geldstrafen auf bis zu 100.000 Euro zu erhöhen.<p> Noch einmal kam die Frage auf, wer Schuld an der Entwicklung trage. Thomas Leif: "Es fehlt das historische Eingeständnis von fundamentalen Managementfehlern der Unternehmer. In den Journalismus wird nicht ordentlich investiert, was bloßen Teaser-Journalismus zur Folge hat." Und wenn es heiße "Wir sitzen in einem Boot" - "Ja, weil die Journalisten es selber glauben. Die Konsequenz ist Politikverachtung. In welchem Zustand sind die westeuropäischen Demokratien angelangt? Die Leser erwarten gar keine unabhängige Kritik mehr."<p> Ritterband sekundierte: Zur Demokratie gehörten die Medien, die die Sache kritisch verarbeiten und nicht nur Häppchenjournalismus bieten. Das Internet habe verheerende Auswirkungen in Richtung Niveauschwund. Denn es werde das Lustige angeklickt, das Skandälchen - und nicht, was für die Demokratie entscheidend sei.<p> Mathilde Schwabeneder, ORF-Korrespondentin in Rom, analysierte die gesellschaftsverändernde Wirkung von Silvio Berlusconis Medienregime. Der überdurchschnittliche Fernsehkonsum der Italiener mache es möglich, dass das Bild der Frau sich veränderte - zum Schlechteren. Darüber gebe es einschlägige Untersuchungen. Das Starlet, die "Bellina", sei fast schon selbstverständliche Beigabe aller Fernsehsendungen, und die meisten Mädchen wollten tatsächlich Starlets werden. "Die Journalisten haben eine große Verantwortung. Wie wird der Körper einer Frau dargestellt? Auch in Tageszeitungen gibt es eine diskriminierende Haltung gegenüber Frauen. Das wird kaum mehr wahrgenommen."<p> Was können Journalisten - laut Fleischhacker "eingeklemmt zwischen Eigentümerversagen und Publikumsversagen" - gegen all diese Tendenzen tun? Ganz klar wurde das nicht, die Antworten liefen auf eine Art wehrhaften Journalismus hinaus, was ja auch schon ein Fortschritt wäre. Leif konstatierte richtiger Weise, dass die Medienkritik marginalisiert sei und der innere Betrieb journalistisch kaum beachtet werde. Schimmeck: "Wir dürfen uns nicht bereit finden, diese Dinge zu tun. Wir müssen auch gute Arbeit leisten", sagte er. Und knüpfte eine Hoffnung an die öffentlich-rechtlichen Möglichkeiten in Rundfunk und Fernsehen.<p> Der European Newspaper Congress, der größte europäische Zeitungskongress, wird veranstaltet vom Medienfachverlag Oberauer mit den Zeitschriften "medium magazin", "Der Österreichische Journalist", "Schweizer Journalist" und "Wirtschaftsjournalist" und vom deutschen Zeitungsdesigner Norbert Küpper. Sponsoren sind die Stadt Wien, JTI/Austria Tabak und Vienna Insurance. Medienpartner ist die Tageszeitung "Die Presse".

Pressekontakt:

Johann Oberauer 0043/(0)664/2216643

Diese Meldung kann unter https://www.presseportal.ch/de/pm/100005497/100602301 abgerufen werden.